

Das Duell der beiden Favoriten: Sarkozy will Kurs halten, Hollande legt Zeitplan für Neuerungen vor

„Können wir es uns leisten, den Franzosen zu sagen, ab jetzt wird gefeiert?“ höhnte Nicolas Sarkozy mit Blickrichtung auf seinen SP-Rivalen Francois Hollande. Sichtlich in Schwung, nahm der bürgerliche Staatschef am Donnerstag auf einer Pressekonferenz die Versprechen von Hollande aufs Korn: „Das Programm der Sozialisten ist ein Festival der öffentlichen Ausgaben, so als gäbe es keine Krise“, wettete Sarkozy. Dabei verwies er auf die Absicht von Hollande, das Pensionsantrittsalter für einen Teil der Arbeitnehmer (jene die 41 Beitragsjahre aufweisen) wieder von 62 auf 60 Jahre herunterzusetzen.

Frankreich sei beim Schuldenabbau „dem Zeitplan voraus“. Aber bei der „geringsten Abweichung von diesen Anstrengungen“ drohe eine „Vertrauenskrise, wie sie unsere spanischen Freunde gerade erleben“, warnte Sarkozy.

Entgegen den Erwartungen sparte Sarkozy allerdings mit Neuankündigungen. Er bekräftigte bloß die bereits beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer (von 19,6 auf 21,2 Prozent), die eine Abgabenreduzierung für französische Betriebe ermöglichen soll, und die Sarkozy als Waffe gegen die laufenden Fabrikverlagerungen in Billiglohnländer pries.

Um Sarkozy die Show zu stehlen, hatte Hollande schon am Vorabend, auf einer Versammlung in der Bretagne, einen Terminplan für seinen bereits bekannten Maßnahmenkatalog vorgelegt. So will der Sozialist, im Fall seines Siegs bei der Stichwahl am 6.Mai, bis Ende Juni die Gehälter des Staatschefs und der Minister um 30 Prozent kürzen und den Benzinpreis drei Monate lang einfrieren.

Beim EU-Gipfel Ende Juni möchte Hollande das Euro-Sparpaket zugunsten eines „Wachstums-Pakts“ neu schnüren. Anschließend soll die von Sarkozy reduzierte Vermögenssteuer wieder erhöht und Einkommen von über einer Million Euro pro Jahr mit einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent belegt werden. Insgesamt würde Hollande 50 Mrd. Euro an neuen Steuern einführen. 29 Mrd. Euro wären für den Schuldenabbau vorgesehen, der Rest zur Finanzierung von Versprechen wie der Schaffung von 60.000 neuen Posten an den Schulen innerhalb von fünf Jahren.

Allerdings hat auch Sarkozys Regierung mindestens 40 Mrd. an neuen Steuern bereits beschlossen. Zuletzt häufte Sarkozy ebenfalls steuerliche Kampfansagen an die Reichsten: Frankreichs 40 Spitzenkonzerne sollen künftig einer Pauschalbesteuerung unterliegen, wo auch immer sie ihre Gewinne erzielen. Auslandsfranzosen will Sarkozy nach französischem Recht besteuern.

MOGELPACKUNG Einige dieser Maßnahmen gelten aber als Mogelpackung, weil undurchführbar. Ähnliches gilt auch für die Ankündigungen von Hollande, wobei der Sozialist trotz aller Versprechen ein Einfrieren der öffentlichen Ausgaben vorsieht. Der greifbarste Unterschied liegt in der Methode: während Hollande seine Einsparungen langsamer und in Absprache mit den Gewerkschaften durchziehen will, setzt Sarkozy auf eine Konfrontation mit den Arbeitnehmer-Organisationen, die er zu den „Eliten“ zählt und per Referendum in die Knie zwingen möchte.